

200 Millionen Euro gegen stinkende Schultoiletten



Carsten-Michael Röding

Die Verwahrlosung von öffentlichem Eigentum wie Straßen, Grünflächen und öffentlichen Gebäuden hat in Berlin dramatische Formen angenommen. Die Berliner CDU will nun mit Öffentlich-Privaten Partnerschaften (ÖPP) gegen die Verwahrlosung von Berliner Schulen vorgehen. Schlaglöcher, marode Spielgeräte und kaputten Parkbänke oder die stinkende Schultoilette. Der

Instandhaltungsrückstau wird bereits heute mit über 2 Milliarden Euro beziffert und der Rot-Rot betreibt allenfalls Flickschusterei. Der enorme Wertverlust von öffentlichem Eigentum wird ebenso in Kauf genommen wie die Arbeitslosigkeit im Handwerk und im Baugewerbe von mittlerweile über 50 Prozent in dieser Stadt. Die Berliner CDU wird eine Strategie vorlegen, die neben der Verbesserung des halbherzigen Schul- und Sportanlagen-Sanierungsprogrammes sowie des Anti-Schlaglochprogrammes ein

Investitionsprogramm u.a. für Spielplätze und Schulen enthält. Der Spandauer Baustadtrat und stellvertretende CDU-Landesvorsitzende, Carsten-Michael Röding: „Dabei werden wir auch privates Kapital durch sog. „Öffentliche-Private-Partnerschaften“ für Berlin nutzen. Insbesondere im Schulbereich haben es uns andere Städte, wie etwa das CDU-regierte Köln vorgemacht. Hier fließen zusätzlich 34 Millionen Euro. Den guten Beispielen folgend, laufen die Vorarbeiten dafür bereits. Etwa in Reinickendorf,

wo Bezirksbürgermeisterin Marlies Wanjura (CDU) sich nicht mit maroden Schulen abfindet oder in Spandau, wo das Bezirksamt unter Führung von Bezirksbürgermeister Konrad Birkholz (CDU) bereits eine Wirtschaftlichkeitsberechnung für ÖPP an zehn Grundschulen durch die TU erstellen lässt. Und der rot-rote Senat spielt ‚Toter Mann!‘“ Röding: „Die Berliner CDU will, dass in den nächsten fünf Jahren durch Öffentliche-Private Partner-

schaften mindestens 200 Millionen Euro zusätzlich in die Sanierung von Schulen investiert werden. Unsere Schulen und vor allem unsere Kinder müssen uns das wert sein.“



Europäische Identität und islamische Herausforderung



Gerhard Schmid

In der Debatte über Integration rückt auch das Verhältnis von europäischer Identität und islamischer Werteordnung verstärkt in den Vordergrund. Zu diesem Thema wird die Berliner CDU-Fraktion eine Veranstaltung mit dem Titel „Europäische Identität und

islamische Herausforderung“ durchführen. Es diskutieren u.a. Katrin Schultze-Berndt MdA, schulpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion Berlin, Gerhard Schmid, Vorsitzender des Landesfachausschusses ‚Schulpolitik und berufliche Bildung‘, sowie Dr. Rainer Glagow, Islamwissenschaftler und Historiker. Die Veranstaltung findet statt im Preußischen Landtag, Raum 376, Niederkirchnerstr.

5 und beginnt um 19 Uhr. CDU-Schulexperte Gerhard Schmid erklärte im Vorfeld: „In zehn Jahren werden 52 Prozent aller Kinder und Jugendlichen in den Ballungszentren Deutschland, auch in Berlin, aus Migrantenfamilien stammen und überwiegend dem islamischen Glauben angehören. Gerade der Bereich der Bildungspolitik wird von integrationspolitischen und kulturellen

Herausforderungen geprägt sein.“ Schmid weiter: „Als die deutsche Leitkultur noch stark und selbstbewusst war und Deutschland eine große Ausstrahlung als Kulturnation besaß, gelang es ohne Schwierigkeiten, europäische Zuwanderer zu integrieren. Daher muss heute in den Schulen Kunst und Geist der großen Epochen der europäischen Kultur wieder verstärkt vermittelt werden.

Dazu gehört auch der Religionsunterricht. Die christlich-abendländischen Werte Deutschlands und Europas bedürfen der Stärkung und der selbstbewussten Anwendung. Ohne eigene Identität kann Europa seine historische Rolle nicht erfüllen. Ohne eigene Identität kann auch Deutschland seine Rolle in Europa nicht erfüllen.“



SICHERHEIT DURCH KOMPETENZ

SAFETY

OBJEKTSCHUTZ
REWEKONTROLLE
VERANSTALTUNGSDIENST
ALARMZENTRALE
ALARMVERFOLGUNG
ARBEITSSICHERHEIT
KURIERDIENST
GLAS- UND GEBÄUDEREINIGUNG
ERRICHTUNG VON SICHERUNGS- UND RAUMSCHUTZANLAGEN

Safety Unternehmensnetz GmbH
Steinlager Allee 35 10945 Berlin
Tel.: 030 - 29 33 94 - 0 • Fax: 030 - 29 33 94 - 11

SPD und PDS gegen mehr Jugendbeteiligung



Sascha Steuer

Mit großer Überraschung nahm die CDU-Fraktion die Ablehnung unserer Initiative zur Einrichtung eines Landesjugendparlaments durch die Koalition auf. Der jugendpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Sascha Steuer, hatte einen entsprechenden Antrag eingebracht, den er gemeinsam mit Jugend-

lichen erarbeitet hatte. so sollte ein Jugendparlament im Abgeordnetenhaus angesiedelt werden, in dem rund 150 Jugendliche zu allen jugendrelevanten Themen Beschlüsse fassen können. Dazu sollten in allen Bezirken Wahlen stattfinden, an denen alle 14 bis 25jährigen teilnehmen können. SPD und PDS machten in der Debatte deutlich, dass sie dieses Vorhaben ablehnen. Sascha Steuer: „Offensichtlich haben SPD und PDS Angst vor den kri-

tischen Stimmen der Berliner Jugendlichen gegen die Kürzungen des Senats in der Jugend- und Bildungspolitik. Die Argumentation der jugendpolitischen Sprecherin der SPD, Frau Müller, ist geradezu infam. Sie will ein Landesjugendparlament erst einrichten, wenn es in alle Bezirken Jugendparlamente gibt, die SPD hatte erst in der letzten Woche die Einrichtung eines Jugendparlamentes in Neukölln abgelehnt. Die Ablehnung ist auch ein

Schlag ins Gesicht der Jugendlichen, die den Antrag erarbeitet hatten. Der Text wurde in einer Arbeitsgruppe des Jugendforums erarbeitet, in der ausschließlich ungebundene Jugendliche mitarbeiteten, ein erster Schritt zu mehr Partizipation, wie es die EU-Beschlüsse von Lissabon fordern. SPD und PDS haben damit gezeigt, dass es ihnen nur um die Stimmen der Jugendlichen am 17. September geht, nicht aber um eine echte Beteiligung.“

IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG
verantwortlich für Inhalt und Bildrechte, sofern nicht gesondert ausgewiesen:
Berliner Presse- und Informationsdienste
Verlags- und Werbegesellschaft mbH (bpi),
Neue Grünstraße 26 • 10179 Berlin
Tel.: 030 - 20 64 16 - 0 • Fax: 030 - 20 64 16 - 66

CHEFREDAKTEUR: Dirk Reitze
REDAKTION: Stefan Sukale, Jan Luther, Alexander Göbel

BILDNACHWEIS
VON OBEN LINKS NACH UNTEN RECHTS
S.1: 4x Reitze; Privat; S.2: Lüders; Reitze; Privat;
CDU; S.3: Reitze; Hufnagel; CDU; S.4: alle Reitze;
S.5: alle Reitze; S.6: 2x Reitze; Privat; Thiedemann;
S.7: Reitze; Privat; Istock; Lüders; S.8: Privat

ANZEIGEN
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG
Deutsche Bank, Kto.: 107 117 400
BLZ 100 700 00

DRUCK
Druckerei Vettors, Radeburg

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.